

Aktuelle BDEW-Analyse zu Klimazielen und Versorgungssicherheit:

### **Klimaziel 2020: Energiewirtschaft kann CO<sub>2</sub>-Reduktion um 40 Prozent erreichen – übrige Sektoren im Rückstand**

Klima-Ziel 2030 ohne veränderte Energiepolitik gefährdet

**BDEW Bundesverband  
der Energie- und  
Wasserwirtschaft e. V.**  
Reinhardtstraße 32  
10117 Berlin

#### **Bereich Kommunikation**

Jan Ulland  
Pressesprecher  
Telefon  
+49 30 300199-1160  
Telefax  
+49 30 300199-4190  
presse@bdew.de  
www.bdew.de

Berlin, 28. November 2017 – Eine aktuelle BDEW-Analyse zeigt: Die Energiewirtschaft kann mit einer energietechnisch verantwortbaren Zusatzanstrengung bis zum Jahr 2020 eine Reduktion der Kohlendioxid-Emissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 erreichen. Anders als die Sektoren Verkehr oder Landwirtschaft wird die Energiewirtschaft mit großer Sicherheit schon jetzt eine Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 38 Prozent bis 2020 schaffen. Auch in 2017 werden die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Energiewirtschaft durch einen starken Anstieg des Stroms aus Erneuerbaren und dem Rückgang der Steinkohleverstromung weiter sinken.

Um die verbleibende Lücke zu schließen, ist es aus Sicht des BDEW energiewirtschaftlich verantwortbar, in einem Mix aus Braun- und Steinkohle maximal weitere fünf Gigawatt gegen Entschädigung in 2020 vom Netz zu nehmen. Umgesetzt werden könnte dies durch ein Ausschreibungsverfahren: Wer für den geringsten Euro-Betrag am meisten CO<sub>2</sub> einspart, erhält den Zuschlag.

„Damit wird deutlich: Die Energiewirtschaft leistet ihren Beitrag – ganz im Gegensatz zu den anderen relevanten Bereichen wie insbesondere dem Verkehrssektor. Dieser liegt bei der Minderung von Treibhausgasen massiv im Rückstand“, sagte Stefan Kapferer, Vorsitzender der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) heute in Berlin.

„Es ist zwar politisch nachvollziehbar, wenn man hofft, die Defizite der anderen Sektoren durch noch massivere Eingriffe in den Kraftwerkspark auszugleichen. Dies wäre aber energiewirtschaftlich nicht verantwortbar: Der in 2020 noch vorhandene Überschuss an gesicherter Leistung wird bis 2023 vollständig abgebaut sein. Ab 2023 besteht dann eine massive Unterdeckung“, so Kapferer. Die Jahreshöchstlast werde laut Prognose der Bundesnetzagentur im Jahr 2023 bei etwa 81,8 Gigawatt liegen. Die gesicherte Leistung hingegen betrage dann laut Prognosen des BDEW nur etwa 73 – 75 Gigawatt.

„Die Hoffnung, die Lücke vollständig durch Import-Strom aus dem Ausland zu schließen, ist trügerisch: Auch in unseren Nachbarländern geht die gesicherte Leistung weiter zurück, so dass Deutschland mit Blick auf künftige Stromimporte vor großen Unsicherheiten steht.“

Die BDEW-Analyse zeigt, dass bereits ab 2018 ein Bündel von Maßnahmen greifen muss, wenn Deutschland nach 2023 weitere Schritte zur Erreichung des Klimaziels 2030 machen will. Zu diesem Bündel gehören neben einem konsequenten Ausbaupfad für die Erneuerbaren, der Fortsetzung der Stärkung der KWK-Anlagen, der Konzentration auf einen möglichst schnellen Netzausbau und der Besserstellung von Speichern auch eine Investitionsoffensive in gesicherte Leistung in Form von emissionsarmen neuen Gaskapazitäten: „Ab 2023 muss, wenn weitere Kohlekraftwerke vom Netz gehen sollen, wegfallende gesicherte Leistung teilweise durch neue Gaskraftwerke ersetzt werden. Wer glaubt, mit dem Neubau noch länger warten zu können, täuscht sich: Die Realisierung neuer Gaskraftwerke dauert von der Planung über die einzelnen Genehmigungsschritte bis zur Inbetriebnahme fünf bis sieben Jahre“, so Kapferer. Daher sei entscheidend, dass die Rahmenbedingungen für den Bau neuer flexibler Kapazitäten jetzt angepasst werden, sei es über einen Kapazitätsmarkt oder über eine Absicherung von Investitionsrisiken.

„Wenn jetzt nicht zügig die Voraussetzungen zur Sicherstellung von gesicherter Leistung oder mehr Flexibilitäten geschaffen werden, ist vor allem das Klimaziel 2030 gefährdet. Dann wird die Politik in 2027 genauso kurzatmig versuchen, eine Lücke zu schließen. Daher unser Appell an die zukünftige Bundesregierung: Die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit Perspektive Klimaziel 2030 zu verbessern ist wichtiger als hektisch die Defizite anderer Sektoren bei der Zielerreichung 2020 im Kraftwerkspark schließen zu wollen.“